

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Dienstag, 19. Dezember 1972

Blatt 3156

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

Rathaus-Budgetdebatte:

Pelzelmayr: Neue Großmärkte funktionieren klaglos  
Dr. Krasser: Bauordnungsnovelle ist fertig  
Bessere Bezahlung für Sonntagsdienst  
Wiener Landtag: Moderne Sozialhilfe statt Fürsorge

Lokal:

Linie 167 wird verlängert  
Feuerwehr barg Wohnungsschlüssel  
PID-Mitarbeiter wurde Senatsrat  
Temporäre Märkte bleiben  
Der Weihnachtstisch der Wiener: Eier und Geflügel  
nicht teurer, Kalbfleisch vielleicht etwas knapp  
City-Bus wird in Wien erprobt

Wirtschaft:

1,5 Millionen für die Landwirtschaft

Kulturdienst:

Tratz-Medaille für Prof. Marinelli

Während der Budgetdebatte Chef vom Dienst 42 800/2068 (Durchwahl)

Neue Fernschreibnummer (1) 3240



K o m m u n a l :  
=====Rathaus-Budgetdebatte:Pelzelmayer: Neue Großmärkte funktionieren klaglos  
=====

Wien, 19.12. (RK) In seiner Budgetrede gab Stadtrat Otto Pelzelmayer zunächst einen kurzen Überblick über die Großereignisse des Marktantes im laufenden Jahr, wobei er besonders hervorhob, daß der neue Fleischgroßmarkt St. Marx ebenso wie der Großmarkt in Inzersdorf ihre Feuertaufe glänzend bestanden hätten und bestens funktionierten. Mit diesen beiden neuen Einrichtungen seien Marktanlagen der europäischen Spitzenklasse geschaffen worden.

Der Stadtrat räumte allerdings ein, daß das Provisorium für den Fleischdetailmarkt in der polnischen Halle für Kunden und Wirtschaftstreibende alles andere denn gut oder bequem sei. Gegen diese Beengtheit könne jedoch im Augenblick nichts unternommen werden. Dem Neubau des Fleisch- und Gemüsedetailmarktes auf dem Areal der alten Viktualienhalle komme daher besondere Dringlichkeit zu. Während dieses Baugeschehens müsse freilich auch der Viktualienmarkt in ein Provisorium übersiedeln - in die Brückenhalle -, wo ebenfalls beengte Verhältnisse bestehen würden.

Ausführlich beschäftigte sich Pelzelmayer mit den temporären Märkten: Sie hätten sich bestens bewährt und würden von den Bewohnern der neuen Siedlungsgebiete sehr geschätzt. Die Regelung sei allerdings bis Ende 1972 befristet. Eine Gegnerschaft zu den temporären Märkten wäre gegen die Konsumenteninteressen gerichtet, da sie eine sinnvolle Ergänzung zu den anderen Einkaufsmöglichkeiten darstellen und zudem preisregulierend wirkten. Die Öffnungszeit bis 19.30 Uhr sei ganz bewußt gewählt worden, um den Hausfrauen nach der Rückkehr vom Arbeitsplatz eine Einkaufsmöglichkeit für frisches Obst und Gemüse zu gewährleisten. Dadurch würde ihnen erspart, mit vollen Einkaufstaschen in überfüllten Straßenbahnen zu fahren. Da es sich bei den Unternehmen der temporären Märkte ausschließlich um Familienbetriebe handle, könnten auch gegen die Öffnungszeiten arbeitsrechtliche Gründe nicht wirksam vorgebracht werden.



Im kommenden Jahr würden die Arbeiten für die neuen Schlachthanlagen in St. Marx weitergeführt, deren Fertigstellung wegen der komplizierten technischen Einrichtungen freilich erst im Frühjahr 1974 zu erwarten sei. Was die Neugestaltung des Detailmarktes am Naschmarkt angehe, so sei gemeinsam vom Marktamt und der Stadtplanung eine interessante städtebauliche Lösung ins Auge gefaßt worden: Da die Hochleistungsstraße entlang des Wientals in einer flachen S-Schleife über das jetzige Gelände des Naschmarktes von der Linken auf die Rechte Wienzeile überwechsle, könnte der Detailmarkt in der Nähe des Verkehrsbüros mit einer Fortsetzung nach dieser neuen Straße im Bereich der Rechten Wienzeile situiert werden. Um eine Zerschneidung des Marktes durch das Verkehrsband zu verhindern, sollten die beiden Marktteile durch eine breite Bogenbrücke verbunden werden, deren Steigung so gering wäre, daß sie auch Handwagen kein Hindernis böte.

Der Wirtschaftsstadtrat beschäftigte sich auch beim Voranschlag für das Beschaffungsamt mit der Preissituation und wies darauf hin, daß im zu Ende gehenden Jahr der Anteil jener Waren, die teurer geworden seien, 64,8 Prozent ausgemacht habe. Gleichpreisig seien 22,2 Prozent und billiger 13 Prozent der eingekauften Waren gewesen.

Die Tätigkeit des Marktamtes und Veterinäramtes sei natürlich eng mit dem Problem Umweltschutz verbunden. Pelzelmayer erklärte in diesem Zusammenhang, er werde überprüfen lassen, ob Marktamtsbeamte verpflichtet seien, auch bei Erhebungen über Familienverhältnisse für Gerichte, Sozialversicherungsträger, Jugendämter und Einbürgerungsangelegenheiten mitzuwirken und dadurch ihre eigentlichen Aufgaben zum Teil vernachlässigen müßten.

Das Sinken der Zahl der Schlachtungen habe in den ersten zehn Monaten des Jahres 1972 bei Rindern lediglich um 0,4 Prozent angehalten, was einer Stagnation gleichkomme, die Schweineschlachtungen seien jedoch um 36 Prozent gestiegen. Manchmal seien pro Woche 15.000 Schweine geschlachtet worden. Die Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien werde im kommenden Jahr neben der Routinearbeit hauptsächlich zwei Vorhaben im Interesse des Verbraucherschutzes in Angriff nehmen: Eine Verbesserung des Nachweises von Antibiotika und anderen unerwünschten Wirkstoffen im Fleisch und die Ausarbeitung eines neuen Verfahrens zum Nachweis von Fremdeiweiß in den Fleischwaren.



K o m m u n a l :  
=====

Rathaus-Budgetdebatte:

Dr. Krasser: Bauordnungsnovelle ist fertig  
=====

Wien, 19.12. (RK) In der Magistratsabteilung 64 wurde vor kurzem die Novelle zur Wiener Bauordnung fertiggestellt, teilte Stadtrat Dr. Hannes Krasser in seinem Bericht über die Geschäftsgruppe 13 (Verschiedene Rechtsangelegenheiten und Forstwesen) mit. Der Entwurf umfaßt etwa 140 Seiten. Die gesamte Bauordnung wird nach der Beschlußfassung im Landtag neu verlautbart werden, sodaß dieses wichtige und umfangreiche Gesetzeswerk dann komplett vorliegen wird.

Auch die Arbeiten am Ölfeuerungsgesetz und an der Novelle des Garagengesetzes sind abgeschlossen. In Arbeit sind Vorschriften zur Reinhaltung der Luft und zur Beschränkung der von Feuerungsanlagen ausgehenden Emmissionen, sowie ein Gesetz über die Abfuhr und Vernichtung von besonderen Abfallstoffen, wie Altöl. Derzeit verschwinden etwa 70 Prozent des Altöls unkontrolliert in Kanälen.

Mit der Magistratsabteilung 61, Bevölkerungswesen, kommt jeder Wiener mehrmals im Leben in Kontakt. Jährlich sprechen dort etwa 150.000 Personen vor, allein bei der Staatsbürgerschaftsevidenz sind es bis zu 400 Personen pro Tag. Planung und Organisation hatten zur Folge, daß es zu keinen Stauungen und niemals zu begründeten Beschwerden kam. Bei den Standesämtern wurden heuer bis zum November 19.958 Geburten, 24.582 Sterbefälle und 11.256 Eheschließungen beurkundet. Die Geburtenzahl liegt um 6,3 Prozent unter der des Vorjahres, was darauf zurückzuführen sein dürfte, daß die zahlenmäßig schwachen Jahrgänge der Nachkriegszeit ins heiratsfähige Alter gerückt sind. Die Erhöhung der Zahl der Eheschließungen um 9 Prozent ist eine Folge der Einführung der Heiratsbeihilfen mit Jahresbeginn.

Im Bereich der Sozialversicherung ergeben sich immer neue Probleme, in letzter Zeit zum Beispiel durch die Firmen, die Arbeitskräfte an andere Firmen vermitteln oder verleihen. In vielen Fällen wird versucht, die Bestimmungen zum Schutz von Dienstnehmern zu umgehen, indem die Beschäftigung der Leiharbeitskräfte nach



außen hin nicht als Dienstnehmertätigkeit, sondern als selbständige Erwerbstätigkeit oder als unabhängig ausgeübte Werksvertragstätigkeit dargestellt wird. Heuer sind einige hundert Fälle behandelt worden, in denen die Versicherungspflicht für solche Leiharbeitskräfte strittig war. In jedem Einzelfall muß die Art der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit überprüft werden.

Das Stadtforstamt wird auch im kommenden Jahr für die weitere Ausgestaltung der städtischen Wälder als Ausflugs- und Erholungsgebiet für die Wiener Bevölkerung sorgen. Dazu gehören die Pflege der Wohlfahrtsaufforstung auf dem Laaer Berg und der Grünzungen im 22. Bezirk. Im Bereich der Großfeldsiedlung wird in der Seyringer Straße als Abschirmung gegen die Straße eine Schutzpflanzung vorgenommen, für die eine halbe Million Schilling vorgesehen ist. Umfangreiche Maßnahmen - Aufforstungen, Meliorierungen, Bau von Unterstandshütten, Aufstellung von Bänken, Anlegung von Rundwanderwegen, Ausgestaltung von Rastplätzen und Teichen usw. - sind im Wienerwald vorgesehen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

w i r t s c h a f t :

=====

1,5 millionen fuer die landwirtschaft

3 wien, 19.12. (rk) der stadtsenat genehmigte auf antrag von stadtrat otto s c h w e d a eine subvention von rund 1,5 millionen schilling fuer die wiener landwirtschaftskammer. darin sind betraege fuer den pflanzenschutz, fuer die foerderung des wein- und des gartenbaus, für das landwirtschaftliche siedlungswesen und fuer den verwaltungsaufwand der kammer enthalten.

0913



L o k a l :

=====

## Linie 167 wird verlaengert

4 wien, 19.12. (rk) ab mittwoch, dem 20. dezember, wird die strassenbahnlinie 167 bis zur per albin hansson-siedlung ost verlaengert. die neue endstation befindet sich in der alma rose-gasse.

mit der verlaengerung der linie 167 werden die neuen wohnanlagen der per albin hansson-siedlung ost durch den oeffentlichen verkehr erschlossen. diese verkehrsverbesserung ist ein vorgriff auf die neuregelung des gesamten oeffentlichen verkehrs im sueden wiens, an der die verkehrsbetriebe gegenwaertig arbeiten. genau so, wie das bereits voriges jahr in floridsdorf und donaustadt geschehen ist, soll damit auch in den suedlichen bezirken das netz des oeffentlichen verkehrs der entwicklung neuer wohn- und arbeitsgebiete angepasst werden.

die ersten und letzten zuege der linie 167 fahren an allen tagen ab per albin hansson-siedlung ost um 5.15 bzw. 23.40 uhr. die fahrplaene fuer die schon bisher befahrene strecke zwischen oper und rothneusiedel bleiben unveraendert.

L o k a l :

=====

## feuerwehr barg wohnungsschlüssel

5 . wien, 19.12. (rk) weinend kam montag nachmittag ein acht-  
jaehriger bub zur rathauswache: waehrend er auf dem kinderspiel-  
platz auf dem rathausplatz gespielt hatte, waren ihm seine  
wohnungsschlüssel in einen kanalschacht gefallen. der verlust  
wog umso schwerer, als der bub, stanomirov sivko, der sohn eines  
gastarbeiterehepaares ist und seine eltern erst dienstag frueh  
von der arbeit nach hause kommen sollten.

der rathauswachmann rief das ''maedchen fuer alles'',  
die feuerwehr, zur hilfe, die den schlüssel rasch fand und dem  
kleinen jugoslawen uebergab.

1026



L o k a l :

=====

pid-mitarbeiter wurde senatsrat

6 wien, 19.12. (rk) obermagistratsrat dr. richard  
d e n s c h e r - im presse- und informationsdienst der stadt  
wien fuer informationsangelegenheiten verantwortlich - wurde  
dienstag vom wiener stadtsenat der titel "senatsrat" verliehen.

dr. denscher, der schon seit gruendung des pid im jahr 1967  
in leitender stellung mit dabei war, hatte massgeblichen anteil  
an dem erfolg der wien-ausstellungen in der ganzen welt, zuletzt  
in israel. vor seinem eintritt in den pid leitete dr. denscher  
im kulturamt der stadt wien das referat denkmalpflege.

1033



k o m m u n a l :

=====

## bessere bezahlung fuer sonntagsdienst

11 wien, 19.12. (rk) 70 millionen schilling wird die stadt wien im kommenden jahr fuer sonn- und feiertagszulagen jener staedtischen bediensteten aufwenden, die regelmaessig an sonn- oder feiertagen schicht- oder wechseldienst machen. diese neu- regelung, die dienstag in der sitzung des wiener stadtsenats - vorsitz buergermeister felix s l a v i k - auf antrag von personalstadtrat hans b o c k beschlossen wurde, tritt rueck- wirkend mit 1. dezember dieses jahres in kraft. sie gilt unter anderem fuer das krankenpflegepersonal, aerzte, bedienstete der rettung und feuerwehr, die schichtdienste bei den staedtischen unternehmungen und den verkehrsbetrieben. wie stadtrat bock in diesem zusammenhang erklaerte, ist diese zulage eine entschaeDIGung fuer die zwar notwendigen aber bei den bediensteten nicht sehr beliebten dienste an sonn- und feiertagen. als beispiel fuehrte der stadtrat an, dass eine krankenschwester kuenftig um 400 schilling pro monat mehr erhalten wird als bisher.

1248



l o k a l :

=====

temporaere maerkte bleiben

8 wien, 19.12. (rk) die regelung fuer die temporaeren maerkte von wien wurde von buergermeister felix s l a v i k zunaechst bis ende 1973 verlaengert. dies teilte wirtschaftsstadtrat otto p e l z e l m a y e r waehrend der budgetdebatte am dienstag dem gemeinderat mit. pelzelmayer hob dabei hervor, dass die bisherige oeffnungszeit bis 19.30 uhr beibehalten werde.

1128



L o k a l :

=====

der weihnachtstisch der wiener:

eier und gefluegel nicht teurer, kalbfleisch vielleicht etwas knapp

9 wien, 19.12. (rk) ausreichende vorraete bei lebensmittel aller art, lediglich kleine verknappungen bei kalbfleisch, die durch importe ausgeglichen werden sollen: das ist die weihnachtliche marktsituation in der bundeshauptstadt, die fuer den wiener konsumenten preiserhoehungen bei seefischen und wildpret bringen wird, wogegen eier und gefluegel die vorjahrspreise weitgehend halten werden.

in den kuehlhaeusern wiens lagern derzeit etwa 3.700 tonnen fleisch und innereien sowie 400 tonnen gefluegel. die weiteren vorraete bestehen in 9,5 millionen frischeiern und bedarfsdeckenden bestaenden an suesswasserfischen, gemuese und obst. erwartet werden noch 300 tonnen ungarische enten sowie 250 tonnen auslaendisches gefluegelfleisch.

die verteuerung der seefische wurde durch unguenstige fang- ergebnisse und daraufhin erhoelte weltmarktpreise verursacht. dies gilt allerdings nur fuer frischware: tiefkuehlfische sind in ausreichenden mengen gelagert.

schliesslich das kalbfleisch: die unzureichende inlandauf- bringung soll durch importe aufgefangen werden. das angebot an gemuese und obst teilt sich in in- und auslaendische ware. wie bei eiern und gefluegel sind auch hier wesentliche preisveraenderun- gen nicht zu erwarten.

1145



k o m m u n a l :

=====

wiener Landtag:

moderne sozialhilfe statt fuersorge

10 wien, 19.12. (rk) ein neues sozialhilfegesetz, mit dem in wien das oeffentliche fuersorgewesen auf moderne grundlagen gestellt werden wird, wurde dienstag im wiener Landtag einstimmig beschlossen. auch heute noch gelten die laengst ueberholten im jahr 1938 eingefuehrten deutschen fuersorgevorschriften. das neue gesetz basiert auf einem, 1971 von den Landessozialreferenten erarbeiteten musterentwurf, traegt jedoch den in wien bestehenden organisatorischen und strukturellen besonderheiten rechnung.

wohlfahrtsstadtraetin maria j a c o b i , die ueber das neue gesetz referierte, betonte, dass damit ein entscheidender schritt zur ueberwindung der armenpflege und der oeffentlichen fuersorge getan werde. anstelle des begriffes 'fuersorge' trete nunmehr die 'sozialhilfe'. diese hilfeleistungen gliedern sich in die 'hilfe zur sicherung des lebensbedarfes', in die 'hilfe in besonderen lebenslagen' und in die 'sozialdienste'.

das gesetz sieht auch eine milderung bei regressanspruechen fuer den hilfeempfaenger und seine angehorigen vor. ebenso ist die errichtung und der betrieb von pflegeheimen und wohnheimen nunmehr von einer behoerdlichen bewilligung abhaengig.

in der debatte unterstrich gr. m u e l l e r (dfp) die bedeutung dieses neuen sozialhilfegesetzes, forderte jedoch gleichzeitig eine intensivierung der sozialen aktivitaeten.

gr. w o l f r a m (fpoe) begruesste die rechtliche verankerung der sozialleistungen im vorliegenden gesetzentwurf. er sprach sich unter anderem fuer eine noch intensivere schulung der sozialen dienste aus.

gr. l e h n e r (oevp) bezeichnete das neue sozialhilfegesetz als ein 'positives gesetz', uebte allerdings kritik an einzelnen formulierungen. er betonte die bedeutung der privaten



wohlfahrtsorganisationen, auf die im neuen gesetz viel zu wenig hingewiesen werde.

gr. margarete t i s c h l e r (spoe) bezeichnete das gesetz als einen markstein in der sozialarbeit wiens. die bisherigen vorschriften, die stets mit dem odium der diffamierenden armenpflege belastet waren, haetten sich laengst als nicht zeitgemaess erwiesen. wien habe jahrzehntelang bewiesen, eine ''stadt des sozialen gewissens'' zu sein und waere immer bemeht gewesen, diesem ruf durch seine vorbildlichen sozialen leistungen gerecht zu werden.

novelle - Landwirtschaftskammergesetz

ferner beschloss der landtag eine abaenderung des wiener landwirtschaftskammergesetzes - berichterstatter stadtrat doktor hannes k r a s s e r -, mit dem unter anderem eine novellierung der bisherigen wahlordnung verbunden ist. (schluss)

(ende landtag)



l o k a l :

=====

## city-bus wird in wien erprobt

13 wien, 19.12. (rk) in der wiener stadthalle stellte die steyr-daimler-puch ag am diensttag einen neuen fahrzeugtyp der oeffentlichkeit vor: den city-bus. dieses fahrzeug faehrt praktisch lautlos, verursacht fast keine giftigen abgase und ist fuer den einsatz in fussgaengerzonen gedacht.

buengermeister felix s l a v i k , der mit mitgliedern des stadtsenats zur praesentation des city-buses erschienen war, bezeichnete es als das groesste problem unserer zeit, mit der technik fertigzuwerden. seit das auto sich vom einstigen luxusgegenstand zum verkehrsmittel der breiten masse entwickelt hat, drohen die oeffentlichen verkehrsflaechen im blech zu erstickten. slavik begruesste die von den konstruktoren der steyr-werke eingeleitete entwicklung, die geeignet erscheint, die umweltfreundlichkeit der fussgaengerzone zu erhoehen. die stadtverwaltung habe sich gerne bereit erkluert, die erprobung des city-buses in der fussgaengerzone des 1. bezirks-zu ermoeglichen. abschliessend gab der buengermeister der hoffnung ausdruck, dass alle tests erfolgreich ausfallen moegen.

die aufgabenstellung fuer die entwicklung des steyr-city-buses lauteten folgendermassen: es sollte ein moeglichst umweltfreundliches fahrzeug fuer den transport von etwa 20 personen mit einer hoechstgeschwindigkeit von 10 kilometer pro stunde fuer kurze und mittlere distanzen in den kerngebieten von staedten geschaffen werden. ein elektromotor kam als antrieb nicht in frage, da man batterien mit einem gewicht von 1,4 tonnen gebraucht huette. man waehlte den zweizylinder-motor des steyr-puch 'haflinger', der vom bezinbetrieb auf fluessiggasbetrieb mit handelsueblichem propan-butan-gemisch umgestellt wurde. durch sorgfaeltige geraeuschaemmung wurde die laermbelaestigung aeusserst niedrig gehalten.

der city-bus ist 5,1 meter lang und 2 meter breit. er bietet zehn personen in bequemen kunststoffsitzen und weiteren ./.



zehn in der mitte stehend platz. die grosse hecktuer wird von den passagieren betaetigt und vom fahrer verriegelt. die aussenverkleidungen sind aus wartungsfreien glasfaserverstaerktem polyester hergestellt.

die kraftuebertragung erfolgt ohne kupplungspedal ueber nur einen gang im stadtverkehr. fuer ueberstellfahrten ist ein sperrbarer zweiter gang, der eine hoechstgeschwindigkeit von 40 stundenkilometer ermoeגlicht, vorgesehen.

1422



(Fortsetzung des Sitzungsberichtes):

Debatte über Wirtschaftsangelegenheiten

GR. Dr. Tuna (DFP) urgiert zunächst eine Reform der Budgetdebatte und meint dann, es sei zu wenig, nur für die neue Anlage von Großmärkten etwas zu tun. Viel mehr müßte für die bessere Versorgung der Bevölkerung, vor allem der Randgebiete, getan werden. Die temporären Märkte seien dazu nur ein erster zaghafter Schritt. Er beantragte sodann die Abhaltung einer Volksabstimmung in Wien über die Öffnungs- und Schließungszeiten der Einzelhandelsgeschäfte. Ein weiterer Antrag hat zum Inhalt, Vorsorge zu treffen, daß von den Wohnstätten Geschäfte für die tägliche Versorgung höchstens 250 Meter weit entfernt sein dürfen.

GR. Krenn (FPÖ) beschäftigt sich ausführlich mit dem Fleischzentrum St. Marx und erklärt, eine neue Untersuchung des Landwirtschaftsministeriums habe ergeben, daß große Schlachthanlagen in den Ballungsräumen unerwünscht seien und Versandschlächtereien etwa wie in Mistelbach wesentlich vorteilhafter wären. St. Marx habe daher keine Zukunft. Krenn stellt zwei Anträge: den im Vorjahr angekündigten Beirat für die Attraktivierung von St. Marx einzuberufen. Außerdem verlangt er, die vorgesehenen Mittel für den Neubau des Detailmarktes im Zentrum Landstraße von 200.000 auf drei Millionen Schilling aufzustocken.

GR. Schneider (ÖVP) hebt die große Bedeutung der 27 Detailmärkte von Wien hervor. Von den 2.226 vermieteten Marktständen dienten rund 1.100 der Versorgung mit Gemüse und Obst. Vor allem die temporären Märkte haben eine preisregulierende Wirkung gegenüber der Quasi-Monopolstellung mancher Konsumbetriebe.

GR. Eveline Andrlik (SPÖ) hebt die Notwendigkeit des Konsumentenschutzes hervor und meint, der Preisauszeichnungspflicht werde zu wenig entsprochen. Über-



dies wüßten viel zu wenig Hausfrauen, daß die Markt-  
 änter gerne über Preise und Qualität Auskunft erteilen.  
 Für einige Waren gebe es in Wien Preisunterschiede bis  
 zu 100 Prozent.

GR. Jedletzberger (ÖVP) befaßt sich sehr aus-  
 führlich mit der Belieferung Wiens mit Obst und Ge-  
 müse. Der inländischen Produktion **komme deshalb**  
 eine immer größere Bedeutung zu, weil die Preise  
 ausländischer Waren erheblich höher seien. Die Be-  
 hauptung, daß das Obst- und Gemüseangebot durch  
 billige Importe preiswerter werde, sei jedenfalls  
 nicht zuletzt im Hinblick auf die EWG-Verträge eine  
 Illusion. Die Produktion von Frischgemüse in Wiener  
 Glashäusern - die Hochglasfläche mache bereits mehr als  
 eine Million Quadratmeter aus - sei jedenfalls zwischen  
 1961 und 1971 um 68 Prozent gestiegen.

GR. Herbert Mayr (SPÖ) weist als Vorsitzender  
 der Lager- und Kühlhausgesellschaft den Vorwurf des  
 freiheitlichen Debattenredners Krenn zurück, Ange-  
 stellte der Gesellschaft hätten beim Verkauf des  
 "Orangenfleisches" nicht sorgfältig gehandelt und nur  
 auf den Erlös **achtet: Das Fleisch**  
 sei nie Eigentum der Gesellschaft, sondern immer  
 der Kunden des Kühlhauses gewesen.

GR. Hala (SPÖ) verlangt eine möglichst rasche  
 Bauführung bei der neuen Detailmarkthalle Land-  
 straßer Zentrum und weist zudem auf die große Be-  
 deutung der gemeindeeigenen Bäckerei in Ottakring  
 hin: Bis Ende Oktober seien 1972 nicht weniger als  
 645.000 Laib schwarzes und 790.000 Wecken weißes  
 Brot sowie vier Millionen Semmeln zur Versorgung von  
 Spitälern und Altersheimen produziert worden.

Im Schlußwort erklärt StR. Pelzelmayer, daß ja die  
 temporären Märkte wegen der tatsächlichen Unterver-  
 sorgung peripherer Wohngebiete geschaffen worden  
 seien. Aber generell könne man die Marktversorgung  
 Wiens doch als gut bezeichnen.



Was die Chancen von St. Marx angehe, so würden nun durch die Mehrwertsteuer die steuerlichen Vorteile der kleineren Schlachthanlagen in den Bundesländern verlorengehen. Die Schaffung eines Beirates für das Fleischzentrum sei zwar ein guter Vorsatz gewesen, doch habe er ihn deshalb nicht verwirklichen können, erklärte Pelzelmayr, weil die Standpunkte der verschiedenen Interessentengruppen zu verschieden seien. Auch er sei natürlich für eine möglichste Beschleunigung beim Bau einer neuen Detailmarkthalle im Landstraßer Zentrum.

Zur Preisauszeichnung gab der Wirtschaftsstadtrat bekannt, daß heuer die Marktamtsbeamten zehn Tage lang Wien gleichsam durchkämmen und dabei festgestellt hätten, daß dieser Verpflichtung 90 Prozent der Geschäftsleute ohnedies nachkämen.

Abstimmungen: Der Abänderungsantrag der FPÖ wurde abgelehnt, das Budget der Gruppe XII mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen. Die beiden DFP-Anträge wurden abgelehnt, der FPÖ-Antrag über den Beirat für St. Marx dem Ausschuß zugewiesen.



Kommunal:Rathaus-Budgetdebatte:Rechtsangelegenheiten und Forstwesen  
=====

Wien, 19. 12. (RK) Stadtrat Dr. Krasser (ÖVP) kritisierte in seinem Referat das Kulturamt und die Stadtplanung wegen der seiner Meinung nach verspäteten Festlegung der Schutzzonen, was er als unverständlich bezeichnete.

GR Dr. Tuma (DFP) schloß sich dieser Kritik an, bemängelte aber auch, daß die Bauordnungsnovelle schleppend behandelt worden sei, obwohl sie doch von den modernen Architekten dringend erwartet werde. Als unbefriedigend bezeichnete er es, daß bei den Stadtförstern die Ausgaben fast viermal so hoch wie die Einnahmen sind, was unter anderem auf zu niedrige Gebühren für Jagd- und Fischereipachten zurückzuführen sei.

Die Redner beider Oppositionsparteien kritisierten die ihrer Meinung nach zu niedrigen Aufwendungen für den Zivilschutz.

GR Klement (FPÖ) bezeichnete die vorgesehenen 200.000 Schilling als "Alibi-post". Andere Bundesländer wendeten mehr Geld für diesen Zweck auf und hätten auch bereits den Bau von Schutzanlagen geregelt. Im neuen Garagengesetz solle ein Abstellplatz pro Wohnung vorgeschrieben werden, nicht, wie im Entwurf, ein Abstellplatz für 1,5 Wohnungen. Der Redner forderte strengere Strafen für Gewässerverschmutzung und die Abschaffung der Eintrittsgebühr für den Lainzer Tiergarten.

Einen dringlichen Appell zur Zusammenarbeit richtete GR DDR. Gräf (ÖVP) an den Gemeinderat. Man müsse das Vertrauen des Volkes heben, daß in den Gremien der Volksvertretung wirklich seine Sache behandelt werde, sonst könnte eines Tages ein Keil zwischen Volk und Volksvertretung getrieben werden. Er führte historische Beispiele für eine Kluft zwischen Regierung und Volk oder Parlament und Volk an - zum Beispiel die Weimarer Republik, in der sich das Parlament mehr mit Geschäftsordnungsfragen als mit den Anliegen des Volkes beschäftigt habe. Zu den Problemen der Geschäftsgruppe: Die Bedeutung des Umweltschutzes sei heute jedem klar geworden - aber sei auch jeder bereit, die dafür notwendigen



Opfer zu bringen? Für den Zivilschutz müsse man der Bevölkerung die Bedeutung der Vorsorge klarmachen. Es müsse etwas gegen den zunehmenden Egoismus geschehen, wobei manchmal nichts anderes als Erziehungsmittel helfe, als den Egoisten dort zu treffen, wo er es sich merkt, beim Schilling.

GR Seeböck (SPÖ) verwies darauf, daß fast 95 Prozent der Budgetmittel dieser Geschäftsgruppe auf die Stadtförste entfallen. Schwerpunkt der Bemühungen sei es, den Erholungswert der Wälder zu erhöhen. Zugleich müßten jährlich mehr Mittel für die Beseitigung von Schmutz und Unrat aufgewendet werden. Durch Leichtsinns und Bequemlichkeit werde nicht nur die Erholungslandschaft beeinträchtigt, sondern werden auch die Mittel für ihren Ausbau eingeschränkt. Der Redner hob besonders den Zehnjahresplan zur Wiederaufforstung der verkarsteten Hochplateaus auf der Rax und dem Schneeberg hervor. Die Bevölkerungsentwicklung beeinflusse wesentlich die Wirtschaftsentwicklung. Wien habe ein Geburtenmanko von jährlich etwa 10.000, zugleich verstärke sich die Abwanderung in das Umland. Daraus ergebe sich eine verstärkte Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften. Wien müsse für Zuwanderer nicht nur Arbeits-, sondern auch Wohnort sein. Der Bürgermeister habe den Innenminister um eine Novellierung des Staatsbürgerschaftsgesetzes ersucht. Vom Minister sei eine entsprechende Zusage erfolgt. Für eine Einbürgerung sollten künftig nicht zwei berücksichtigungswürdige Gründe notwendig sein, sondern nur mehr einer.

Stadtrat Krasser betonte im Schlußwort, daß die Stadtförste nicht primär nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilt werden dürften, weil sie vor allem der Erholung und dem Umweltschutz dienen. Eine Erhöhung der Sätze für Verpachtungen und Abschüsse sei vorgesehen. Die Aufwendungen der Stadt Wien für den Zivilschutz seien weit mehr als die 200.000 Schilling, die in dieser Geschäftsgruppe vorgesehen sind. So werde der Zivilschutzverband laufend von der Finanzverwaltung subventioniert. Bestimmungen über den Schutzraumbau seien in der neuen Bauordnung vorgesehen. Bei der Relation Wohnungen-Abstellplätze im Garagen-gesetz müsse man auch die Erhöhung der Baukosten durch verschärfte Vorschriften berücksichtigen. Doch gehe das Gesetz



nun erst in Begutachtung, dann werde man entscheiden. Stadtrat Krasser sprach sich ebenfalls für die Aufhebung der Eintrittsgebühren im Lainzer Tiergarten aus.

Abstimmung: Das Budget der Geschäftsgruppe XIII wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ gebilligt.

#### Wiener Budget beschlossen

Am Schluß der Dienstag-Sitzung wurde der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1973 von SPÖ und ÖVP beschlossen. Ebenfalls mit den Stimmen der beiden Parteien wurde Finanzstadtrat Schweda die Ermächtigung erteilt, bis zu 15 Prozent der Ermessenskredite vorläufig zu sperren.

(Ende des Sitzungsberichtes)